

Fortsetzung folgt ...

Medienmanipulation und psychologische Kriegsführung

„Nicaragua: Erster Schritt zum Frieden“ meldete die „taz“ am 25.3.88 und machte sich damit ungewollt (?) die Lesart des Contraführers Alfredo Cesar (z.n. „Südkurier“, 25.3.88) zu eigen, der diese Formulierung zuerst gebraucht hatte.

Doch an diesem 25.3. gestand sogar Springers „Welt“ ein, daß sich die nicaraguanische Führung zu „weitgehenden politischen Zugeständnissen“ bereitgefunden und die Gespräche zwischen Regierung und Contra „den mittelamerikanischen Friedensprozeß wieder belebt“ haben. Der — ebenfalls konservative — „Südkurier“ sah „die größte Hürde auf dem Weg zu einem endgültigen Waffenstillstand überwunden“ und gestand Nicaragua zu, daß es mit der Einigung „als erstes Land

die Verpflichtungen des Friedenspaktes vom 7. August vergangenen Jahres“ erfüllt: „Bei den Mitunterzeichnern El Salvador und Guatemala steht dieser erste Schritt noch aus“. So weit wollte die „FAZ“ freilich nicht gehen. Von einer Erfüllung des „Arias-Friedensplanes“ wollte sie erst sprechen, „wenn die Sandinisten sich an das Abkommen mit dem bewaffneten Widerstand halten“ und die „Welt“ hatte am schnellsten wieder Tritt gefaßt: „Vor einer allzu optimistischen Einschätzung der Lage sei jedoch gewarnt“, hieß es hier. Denn „schließlich verlangen die Rebellen etwas, was Marxisten normalerweise nicht zu tun pflegen: Diese sollen ihre Macht bei freien Wahlen zur Disposition stellen“.

Auch wenn Sandinisten und Contras ei-

nen 60tägigen Waffenstillstand vereinbart hatten, im Medienkrieg des CIA sollte es nicht einen einzigen Tag der Waffenruhe geben — und die Springer-Presse fand sich (wie stets) an vorderster Front. Denn die antisandinistischen Haßtiraden, mit denen Werner Thomas die Welt-Leser fast täglich beglückt, sind nicht bloß Ausdruck paranoider Wahnideen eines unverbesserlichen Reaktionärs. Sie fügen sich ein in die „Kriegsführung niederer Intensität“ („low intensity warfare“), wie die USA ihre Militärstrategie für die Dritte Welt nennen. Typisch für diese — als Reaktion auf die Niederlage in Vietnam entwickelte — Art der Kriegsführung der USA ist es, ein direktes militärisches Engagement so weit als möglich zu vermeiden, andere für sich kämpfen zu lassen, sie zu dirigieren und zu finanzieren, zugleich aber die Illusion zu wahren, daß dies ein interner Krieg sei. Die Legitimation der US-gesteuerten Aggression vor der Weltöffentlichkeit wird daher zum zentralen Moment der Strategie. Nach Schätzungen des Ex-Propagandachefs der Contra, Edgar Chamorro (z.n. ides, 25.3.88), „ist der Anteil der psychologischen Kriegsführung (...) mit etwa 80 Prozent zu veranschlagen“.

„Die Taktik dabei“ ist laut Chamorro, „für die Bevölkerung eine Situation zu schaffen, die ihr nur die Wahl zwischen



„Ich verspreche, das Friedensabkommen für Zentralamerika, Esquipulas II, zu erfüllen.“

Medienmanipulation: nicht nur in der BRD. Darstellung in der größten Tageszeitung Guatemalas.

den Sandinisten und der Contra läßt“. Ein wichtiges Element der Strategie ist es daher, die ökonomische Situation der Bevölkerung zu verschlechtern, Versorgungsengpässe zu schaffen etc. und die Schuld an dieser Situation dann der Regierung zuzuschreiben. Gleichzeitig soll durch die Propaganda das Bild aufgebaut werden, daß es sich bei der nicaraguanischen Regierung um ein repressives Regime handle, das der Privatwirtschaft keinen Spielraum lasse, die Kirche unterdrücke und die private Presse in ihrer Arbeit behindere. Das Zauberwort, vermittels dessen dies alles in eine Formel gegossen wird, war und ist die Brandmarkung der Regierung Nicaraguas als *marxistisches Regime* — eine Zauberformel, welche die USA bereits zweimal erfolgreich anwandte, wenn es darum ging, den gewaltsamen Sturz der gewählten Regierung eines lateinamerikanischen Landes zu legitimieren: 1954 in Guatemala und 1973 in Chile. Die Hauptlinien des Medienkriegs der USA in Zentralamerika hatten sich schon „bewährt“, lange bevor Esquipulas II in Gang gekommen war. In ihrem Zuge wurden u.a. schon die nicaraguanischen Wahlen vom November 1984 teils als „von der Junta inszeniertes Wahlspektakel“ abqualifiziert und — wo das nicht gelang — Schritt für Schritt aus dem Gedächtnis verdrängt. Seinen nächsten Höhepunkt erreichte der Propagandakrieg der USA ein Jahr später, als der CIA in Erwartung des

Den Haager Urteilspruches eine weltweite Kampagne startete und dazu allein für PR-Maßnahmen in Spanien, Frankreich und der BRD nicht weniger als 1,5 Mio. US-Dollar aufbrachte (vgl. KOBIS 2/87). Daß der Wortlaut des Urteilspruches von der Tagespresse ebensowenig veröffentlicht wurde, wie ein Jahr später der Inhalt der vom nicaraguanischen Parlament verabschiedeten Verfassung, versteht sich von selbst: mit dem Bild von Nicaragua, welches Reagan zur Legitimation der fortgesetzten US-Aggressionen benötigt, sind die Tatsachen nicht vereinbar.

Vorreiter „Die Welt“

Genau dieselbe Strategie verfolgten unsere Medien auch ein Jahr später bei der Berichterstattung über den „Arias-Plan“. Auch hier wurde der Wortlaut des Friedensabkommens nicht und sein Inhalt nur sehr vage und unvollständig an die Öffentlichkeit gebracht. So wurde die Möglichkeit eröffnet, Nicaragua wegen der Nichterfüllung von Forderungen zu brandmarken, die — wie z.B. direkte Verhandlungen mit den Contras — im Friedensplan gar nicht enthalten sind, während gleichzeitig Maßnahmen der USA als legitim dargestellt werden konnten, obwohl sie — wie z.B. auch die „humanitäre“ Unterstützung der Contras — durch den Friedensplan untersagt sind.

Auch hierbei war es wieder die „Welt“, die in der BRD die Vorreiterrolle über-

nahm und deren Korrespondent Werner Thomas schon vor Unterzeichnung des Friedensabkommens tausende Gründe wußte. „warum der mittelamerikanische Gipfel keinen Frieden bringen wird“ (z.n. „Welt“, 6.8.87). Neben den bereits genannten Elementen der Propagandastrategie trat dabei ein weiteres Motiv ins Zentrum der „Berichterstattung“: die Polarisierung zwischen Nicaragua und den als „demokratisch“ apostrophierten Staaten Zentralamerikas und die Konzentration des Interesses auf Nicaragua, „das als kontroverste Land gilt“ (DRS, 2.12.87). So wurde nicht nur plausibel gemacht, warum die Berichterstattung die altbekannten Mißwirtschafts- und Totalitarismusvorwürfe gegen Nicaragua ständig wiederholte und die von Nicaragua unternommenen Schritte zur Erfüllung des Friedensabkommens als „ungenügend“ beiseite schob. Zugleich konnten damit auch die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in anderen zentralamerikanischen Staaten (insbesondere in El Salvador) und deren mangelnde Bereitschaft, den Verpflichtungen aus dem Friedensabkommen nachzukommen, als für den Friedensprozeß unerheblich beiseitegeschoben werden.

Eine neue Phase im Propagandakrieg

Noch ist der Krieg nicht zu Ende. Und auch der Propagandakrieg ist vorerst nur in eine neue Phase getreten: in einem am 28. März veröffentlichten Interview der spanischen Zeitung DIARIO 16 verkündete der Contra-Führer Adolfo Calero, bisher hätten die Sandinisten „nichts getan, um das Vertrauen von irgend jemand zu gewinnen“ (z.n. FR, 29.3.88). Und schon am 30. März einigten sich Republikaner und Demokraten im US-Kongreß darauf, den Contras weitere („humanitäre“) Hilfszahlungen in Höhe von 50 Mio. US-Dollar zukommen zu lassen. Doch damit nicht genug: Jim Wright, der demokratische Sprecher des Repräsentantenhauses und erklärter Gegner von Reagans Contra-Politik, verpflichtete sich höchstpersönlich, die Forderung nach Militärhilfe für die Contra auf die Tagesordnung zu setzen, sollte der Friedensprozeß zusammenbrechen. Daß dies möglich war, verdankte Reagan dem Nachhall einer beispiellosen Propagandaoffensive, zu deren Zweck er in den Tagen vor dem Waffenstillstandsabkommen auch nicht davor zurückgeschreckt war, 3.200 Elitesoldaten nach Honduras zu entsenden und die USA wegen einer frei erfundenen „Invasion der Sandinisten in Honduras“ an den Rand einer direkten Militärintervention in Nicaragua zu bringen.

Wilhelm Kempf